

Grüne – Zwang zur Nutzung von Wärmenetzen

Anschluss für ältere Gebäude

STUTTGART. Die Grünen wollen im neuen Klimaschutzgesetz die sogenannte Wärmewende hin zum Heizen mit erneuerbaren Energien mit einer weitgehenden Maßnahme vorantreiben. Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz sagte in Stuttgart: »Ich kann mir gut vorstellen, dass wir im neuen Klimaschutzgesetz den Anschluss- und Benutzungszwang für eine erneuerbare Wärmeversorgung oder ein Wärmenetz auf bereits bestehende Gebäude ausweiten.« Eine solche Maßnahme könnte weitreichende Folgen für Hauseigentümer haben – vor allem für jene, die erst vor Kurzem eine neue Heizungsanlage installiert haben und diese dann abschalten müssten.

»Dieses Instrument gilt bislang nur für Neubaugebiete«, erklärte Schwarz. »Eine Kommune kann alle, die darin wohnen, verpflichten, beim Heizen erneuerbare Energien zu verwenden oder sich an Nah- und Fernwärme anzuschließen. Wir wollen dieses Instrument ausweiten auf bestehende Stadtviertel – denn so eine neue Heizungsanlage macht nur dann Sinn, wenn alle dabei sind.« Ziel sei, dass die Kommunen mehr Möglichkeiten bekommen, vor Ort neue und klimafreundlichere Heizungsanlagen voranzubringen.

Die SPD nannte Vorgaben »grundsätzlich sinnvoll«, sie forderte allerdings »realistische Fristen«. »Wer seine Heizung ohnehin erneuern muss, der kann aufs Wärmenetz umsteigen«, sagte Gabi Roland, Sprecherin für Umweltpolitik und Naturschutz der SPD-Landtagsfraktion. Das neue Klimaschutzgesetz soll im Herbst kommen. Die Gespräche in der Koalition aus Grünen und CDU über die Novelle des Gesetzes laufen schon länger und sollen schwierig sein. (dpa)

Seniorin fliegt durch die Luft

BOXBERG. Eine angetrunkene Seniorin ist bei Boxberg (Main-Tauber-Kreis) mit ihrem Auto verunglückt und rund 20 Meter durch die Luft geflogen. Sie blieb mit dem Auto auf einem Feld stehen und wurde schwer verletzt, wie die Polizei am Dienstag mitteilte. Demnach kam die 72-Jährige wegen nicht angepasster Geschwindigkeit in einer Kurve von der Fahrbahn ab. Bei dem Unfall am Montag entstand ein Schaden von rund 26 000 Euro. Laut Alkoholtest hatte die Frau 0,6 Promille. (dpa)

IN KÜRZE

Jäger erschießt sich selbst

EHINGEN. Ein Jäger ist bei Ehingen (Alb-Donau-Kreis) durch sein eigenes Gewehr gestorben. Laut Polizei löste sich wohl ein Schuss aus der Waffe, als der 52-Jährige in einem Wald unterwegs war. Ermittler versuchen den Angaben von Dienstag zufolge nach herauszufinden, wie es dazu kam. Jagdkameraden hatten den Schuss gehört und den Mann gefunden. Die Polizei geht von einem Unfall aus. (dpa)

Fiskus um Millionen betrogen

MANNHEIM. Eine Frau und zwei Männer müssen sich vor dem Mannheimer Landgericht der Steuerhinterziehung von mehr als sechs Millionen Euro verantworten. Die beiden Männer sollen laut Anklage als Geschäftsführer einer Unternehmensgruppe im Rhein-Neckar-Raum ihre Produkte rund ums Auto bei den Kunden künstlich als Einzelleistungen abgerechnet haben. Durch diese Masche seien die Produkte teils als durchlaufende Posten nicht steuerbar, also nicht der Umsatzsteuerpflicht unterliegend, oder steuerfrei gewesen. (dpa)

SUPs aus dem Automaten

FRIEDRICHSHAFEN. Aus dem Zug direkt aufs Wasser: Das ist nun am Bodensee möglich. Die Deutsche Bahn testet am Bahnhof von Friedrichshafen einen Automaten zum Verleih von Stand-up-Paddles (SUPs). Reisende können sich am Bahnhofsvorplatz ein aufblasbares SUP samt Luftpumpe, verpackt in einem Rucksack, für einen halben oder einen ganzen Tag mieten. Das kostet zwischen knapp 20 und 50 Euro. (dpa)

»Kältepools« für Flussfische

FREIBURG. Angesichts der Trockenheit und des Wassermangels im Fluss Dreisam werden in Freiburg sogenannte Kaltwasserpools für Fische eingerichtet. In diesen Becken östlich der Altstadt sollen die Fische eine Rückzugsmöglichkeit bekommen, wie das Regierungspräsidium Freiburg mitteilte. Die Bauarbeiten sollen demnach am Freitag offiziell beginnen.

Fischen machen die vergleichsweise hohen Wassertemperaturen auch in anderen Gewässern des Landes zu schaffen. Die Dreisam fließt durch das Freiburger Stadtgebiet und speist die charakteristischen »Bäche« der Altstadt. (dpa)

KEHL. Frauen sind unter den Bürgermeistern eine absolute Minderheit. Da hilft es, sich zusammenzuschließen. Netzwerken steht daher im Mittelpunkt eines Treffens von Rathauschefinnen in Titisee-Neustadt. In dem Schwarzwaldort werden morgen etwa 50 amtierende und ehemalige Bürger-

meisterinnen erwartet. Für Gastgeberin Meike Folkerts liegt der Fokus der Zusammenkunft auf dem Austausch und der Vertrauensbildung untereinander: »Wir sind alle über einen Messengerdienst verbunden, teilen Wissen und Ideen und unterstützen uns in dem manchmal recht einsamen Job.« Baden-Württemberg

hat 1 101 Gemeinden und nur in knapp 100 von ihnen ist der Chfessell im Rathaus von einer Frau besetzt. Angesichts rückläufiger Kandidatenzahlen für dieses Amt werben Experten bei Frauen dafür, Klischees über Bord zu werfen und sich die verantwortungsvolle Aufgabe einfach zuzutrauen. (dpa)

Umfrage – Dunkle Regierungsgebäude nehmen die Baden-Württemberger hin. Aber geschlossene Schwimmbäder sind tabu

Energie sparen, wo es nicht wehtut

VON MIRIAM STEINRÜCKEN

STUTTGART. Der Südwesten befindet sich im Stimmungstief. 38 Prozent der Bürgerinnen und Bürger blicken mit Sorge in die Zukunft. Das ergibt eine Allensbacher-Umfrage im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen. Welche Aufgaben jetzt Priorität haben, was der Sparkurs der Landesregierung taugt und ob Schulden nicht besser wären: Das sagen die Baden-Württemberger dazu.

Historisches Stimmungstief

Das Land befindet sich im Stimmungstief, und Besserung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Nur 21 Prozent der Baden-Württemberger sehen den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnung entgegen – so wenige wie bei keiner Allensbacher Umfrage zuvor. Der Anteil derer, die sorgenvoll in die Zukunft blicken, wächst dagegen: Waren es Anfang des Jahres nur 19 Prozent, so sind es jetzt doppelt so viele. Weitere 29 Prozent verfolgen die Entwicklung der nächsten Monate mit Skepsis. Die Bürger sind seit Beginn der Corona-Pandemie mit einer Vielzahl von Krisen konfrontiert. Der Eindruck, dass sich immer neue Probleme einstellen, ohne dass die bisherigen gelöst sind, sorgt für das historische Stimmungstief.

Bezahlbarer Wohnraum hat Priorität

Von der Bundespolitik erwartet die Bevölkerung vor allem, dass sie die Sicherheit der Energieversorgung im Winter zu bezahlbaren Preisen sicherstellt. Von der Landespolitik dagegen wünschen die Baden-Württemberger sich besonders, dass sie für bezahlbaren Wohnraum (65%) und genügend Pflegekräfte (63%) sorgt.

Klimaschutz auf Platz 3

Daneben prägen vor allem die Themen Klimaschutz und innere Sicherheit die politische Agenda der Bevölkerung: Jeder Zweite rechnet die Förderung von Umwelt- und Klimaschutz zu den wichtigsten politischen Aufgaben der Landespolitik, 41 Prozent den Ausbau von Windkraftanlagen und Stromtrassen, nahezu ebenso viele die Bekämpfung der Kriminalität im Land. Die Bekämpfung der Corona-Pandemie rückt dagegen zusehends in den Hintergrund: Darin sehen derzeit nur noch 37 Prozent ein besonders wichtiges Ziel der Landesregierung – vor einem Jahr meinten dies noch 58 Prozent.

Zufrieden mit Finanzlage des Landes

36 Prozent der Baden-Württemberger rechnen eine solide Haushaltspolitik ebenfalls zu den wichtigsten Aufgaben der Landespolitik. Damit rangiert dieses Ziel im unteren Mittelfeld. Dass ihm keine größere Bedeutung beigemessen wird, liegt daran, dass die finanzielle Situation des Landes nach wie vor überwiegend positiv bewertet wird: So stufen 47 Prozent die finanzielle Lage Baden-Württembergs als gut oder sogar sehr gut ein, nur 36 Prozent äußern sich kritisch. Das ist bemerkenswert angesichts der gegenwärtigen Krisenlage und immer neuer milliardenschwerer staatlicher Unterstützungsprogramme.

Zunehmend Zweifel an Finanzpolitik

Das Urteil über die Finanzpolitik der Landesregierung fällt hingegen geteilt aus: 29 Prozent der Bevölkerung halten sie für solide, etwa ebenso viele sind gegenteiliger Ansicht. Eine relative Mehrheit der Baden-Württemberger (41%) traut sich hingegen kein Urteil in dieser Frage zu. Ein Vergleich mit einer Allensbacher Befragung aus dem Jahr 2015

zeigt, dass die Finanzpolitik des Landes heute kritischer bewertet wird als vor sieben Jahren: Damals bescheinigte knapp jeder Zweite der Landesregierung eine solide Finanzpolitik, nur 18 Prozent waren vom Gegenteil überzeugt.

Nur jeder Dritte unterstützt Sparkurs

Auch wenn die Bevölkerung um die Sparzwänge der Landesregierung weiß, unterstützt nur knapp jeder Dritte einen strikten Sparkurs. Rund jeder Fünfte meint hingegen, dass der Staat genug spart, 16 Prozent halten die derzeitigen Sparmaßnahmen des Landes sogar für übertrieben. Dass gut jeder Dritte bei dieser Frage erneut kein Urteil abgeben kann, zeigt, dass Diskussionen um das Thema Landesfinanzen einen großen Teil der Bevölkerung nicht erreichen.

Mehrheit für neue Schulden

Einen Haushalt ohne neue Schulden hält ohnehin nur eine Minderheit in der derzeitigen Lage für realistisch. Gerade einmal 27 Prozent sind der Meinung, dass die Regierung trotz der aktuellen Krisen für die Jahre 2023/2024 einen Haushalt ohne neue Schulden beschließen sollte. Die Mehrheit hält neue Schulden angesichts der derzeitigen Krisen jedoch für unumgänglich.

Kritik an Stellenzuwachs in Ministerien

Gleichzeitig zeigt die Mehrheit der Bevölkerung nur wenig Verständnis dafür, dass die Ministerien bei den Beratungen zum neuen Haushalt einen Bedarf von fast 9 000 zusätzlichen Stellen angemeldet haben: 47 Prozent halten dies für überzogen, nur 33 Prozent halten die Forderung für angemessen. Vor allem die mittlere und ältere Generation ist skeptisch: 52 Prozent der 45- bis 59-Jährigen und 58 Prozent der über 60-Jährigen lehnen den Stellenausbau ab.

Angst vor staatlichen Einsparungen

Gleichzeitig ist die Sorge weit verbreitet, dass die eigene Kommune aufgrund der Energiekrise Sparmaßnahmen ergreifen könnte, welche die Bürger persönlich belasten. 45 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung hegen derartige Befürchtungen, 28 Prozent nicht. Vor allem Großstädter hegen mit 52 Prozent derartige Bedenken. Landbewohner sehen dies mit 33 Prozent entspannter.

Licht aus, Heizung runter

Dass die Bevölkerung trotz dieser weit verbreiteten Sorgen eine Vielzahl möglicher Energiesparmaßnahmen der eigenen Stadt oder Gemeinde unterstützt, liegt an zweierlei: Zum einen sind die Bürger angesichts drohender Versorgungspässe im Herbst und Winter mehrheitlich von der Notwendigkeit kommunaler Sparprogramme überzeugt. Zum anderen fällt es vielen Bürgern offensichtlich leicht, vor allem dort zu sparen, wo es sie wenig betrifft. So befürworten 75 Prozent der Bevölkerung den Verzicht auf nächtliche Beleuchtung öffentlicher Gebäude. 51 Prozent möchten Straßenbeleuchtungen früher am Abend und 48 Prozent Ampeln in der Nacht ausschalten. Weitere 57 Prozent plädieren für eine maximale Raumtemperatur von 19 Grad in öffentlichen Gebäuden, 48 Prozent für kühlere Sporthallen und 41 Prozent für schwächer beheizte Schwimmbäder. Ebenfalls 41 Prozent halten die eingeschränkte Nutzung von Warmwasser in öffentlichen Gebäuden und Schulen für eine gute Idee.

Schwimmbäder sind tabu

Nur wenig Unterstützung finden hingegen die Vorschläge, Schwimmbäder, Thermen oder Saunen vorübergehend zu schließen (24%) oder aber Volksfeste und Weihnachtsmärkte abzusagen (24%). Hier ist die persönliche Betroffenheit weitaus stärker als bei der Beleuchtung von Denkmälern oder historischen Gebäuden. (GEA)

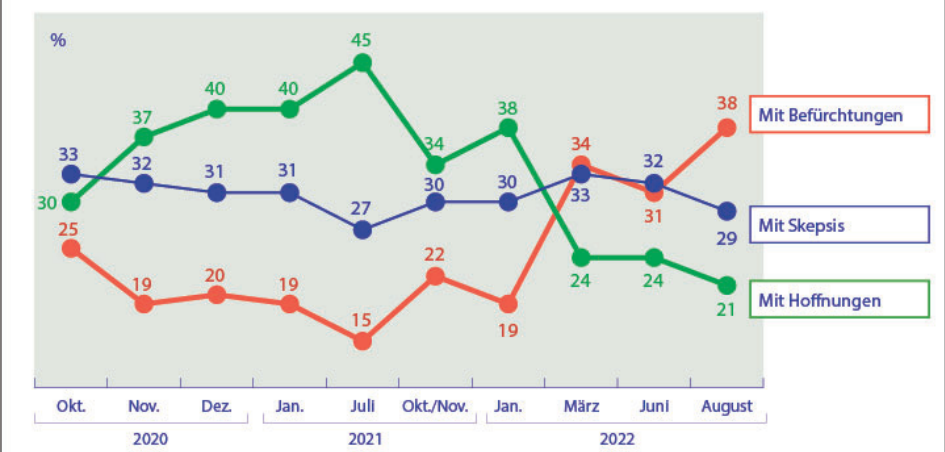
Dringend Bürgermeisterinnen gesucht

meisterinnen erwartet. Für Gastgeberin Meike Folkerts liegt der Fokus der Zusammenkunft auf dem Austausch und der Vertrauensbildung untereinander: »Wir sind alle über einen Messengerdienst verbunden, teilen Wissen und Ideen und unterstützen uns in dem manchmal recht einsamen Job.« Baden-Württemberg

hat 1 101 Gemeinden und nur in knapp 100 von ihnen ist der Chfessell im Rathaus von einer Frau besetzt. Angesichts rückläufiger Kandidatenzahlen für dieses Amt werben Experten bei Frauen dafür, Klischees über Bord zu werfen und sich die verantwortungsvolle Aufgabe einfach zuzutrauen. (dpa)

Im Stimmungstief

Frage: »Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?«



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFO-Umfragen, zuletzt 6164/V

© IFO-Allensbach

Die politischen Prioritäten der Bevölkerung

Frage: »Hier sind verschiedene politische Ziele aufgeschrieben. Welche dieser Ziele halten Sie für die Politik hier in Baden-Württemberg für besonders wichtig?«

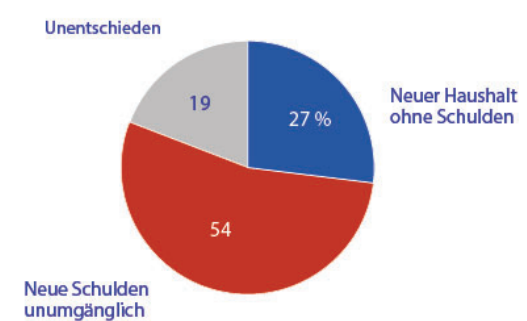


Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFO-Umfrage 6164/V

© IFO-Allensbach

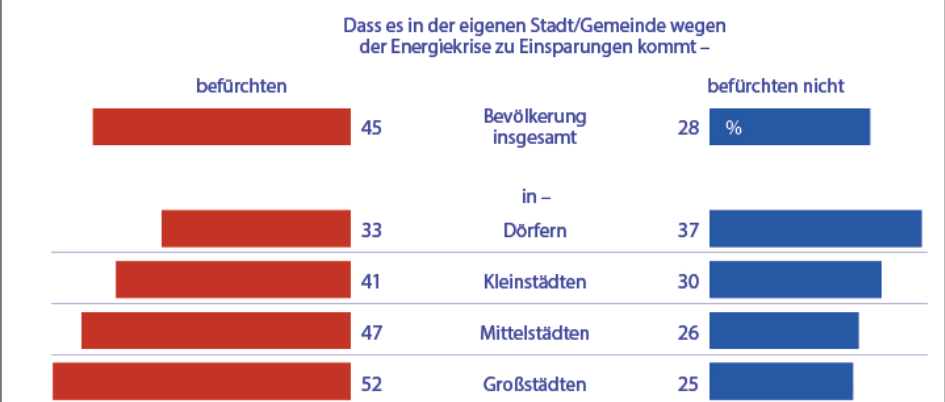
Die Mehrheit hält neue Schulden in Baden-Württemberg für unumgänglich

Frage: »Derzeit berät die grün-schwarze Koalition in Baden-Württemberg den neuen Haushalt für die Jahre 2023/24. Sollte die Regierung Ihrer Meinung nach trotz der aktuellen Krisen einen Haushalt ohne neue Schulden beschließen, oder halten Sie neue Schulden angesichts der aktuellen Krisen für unumgänglich?«



Große Sorgen vor Sparmaßnahmen vor allem in den großen Städten

Frage: »Befürchten Sie, dass es in Ihrer Stadt bzw. Gemeinde aufgrund der Energiekrise zu Einsparungen kommt, die Sie persönlich betreffen, oder befürchten Sie das nicht?«



An 100 fehlende Prozent: schwer zu sagen

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFO-Umfrage 6164/V

© IFO-Allensbach